

## KURZMELDUNGEN

## Emil wehrt sich

**LUZERN** | Der Förderverein der Fachklasse Grafik Luzern hat am Dienstag mit prominenter Unterstützung von Kabarettist Emil Steinberger für den Erhalt der Schule protestiert. Die Luzerner Regierung plant die Schliessung aus Kostengründen. Der Kantonsrat entscheidet im Dezember.

Die Fachklasse Grafik sei mit ihrem nationalen Ansehen und dem breiten Lehrplan für den Wirtschafts-, Bildungs- und Kulturstandort Luzern unverzichtbar, erklärte der Kabarettist und gelernte Grafiker Emil Steinberger an einer Medienkonferenz des Fördervereins der Fachklasse. Steinberger besuchte die Schule in den 1960er-Jahren während fünf Jahren.

Steinberger erinnerte daran, dass vor allem kreative Köpfe die Stadt Luzern zu dem gemacht habe, was sie heute sei. Zur Schliessung der Schule aus Spargründen sagte der Kabarettist: Streichen könne durchaus Kunst sein, aber nicht mit dem Rotstift. Zuvor hatte der Förderverein eine Online-Petition gegen die geplante Schliessung lanciert. Den Protestbrief unterzeichneten bislang über 13 500 Personen. | sda

## Rondo streicht 45 Stellen

**ALLSCHWIL** | Die auf Verpackungslösungen für die Pharmaindustrie spezialisierte Rondo AG in Allschwil will einen Teil ihrer Produktion ins Ausland verlagern. Davon betroffen sind in Allschwil bis zu 45 Personen, wie das Unternehmen am Dienstag mitteilte.

Für den Stellenabbau wurde das Konsultationsverfahren eröffnet. Es dauert bis zum 17. November. Begründet wird die für die nächsten Monate geplante Reorganisation mit dem starken Franken und den verschärften Wettbewerbsbedingungen. Im Fall von Entlassungen sollen für die Betroffenen sozial ausgewogene Lösungen gesucht werden, heisst es im Communiqué. | sda

## Von Baum erschlagen

**LAUSANNE** | In einem Wald bei Mont-sur-Lausanne VD ist es am Dienstag gegen 8.30 Uhr zu einem tragischen Arbeitsunfall gekommen. Ein rund 30 Meter hoher Baum prallte beim Fall auf den Ast eines anderen Baumes, änderte seine Bahn und erschlug einen Holzfäller. | sda

## Givaudan baut in Indien

Der Aromen- und Riechstoffhersteller Givaudan hat in Pune mit dem Bau einer neuen Aroma-Fabrik begonnen. Das 55 Millionen Franken umfassende Bauprojekt ist die grösste Investition von Givaudan in Indien seit 1998. Das neue Produktionszentrum für Aromen soll 2018 eröffnet werden und rund 100 Angestellte beschäftigen, wie Givaudan am Dienstag mitteilte. Mit dem neuen Werk baut Givaudan die Produktionskapazität im Wachstumsmarkt Indien aus. Givaudan betreibt bereits in Damansala ein Produktionszentrum. | sda

## Bern | Wenig RASA-Begeisterung selbst bei europafreundlichen Parteien

## Initiative als «Plan B»

**Dank reichlich fliessender finanzieller Unterstützung ist die RASA-Initiative innerhalb von acht Monaten zustande gekommen. Doch selbst die europafreundlichen Parteien halten nichts davon, die Masseneinwanderungsinitiative einfach wieder rückgängig zu machen.**

Genau das verlangt die Initiative «Raus aus der Sackgasse» RASA, die am Dienstag mit 110 000 beglaubigten Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht worden ist. «Wir müssen die Zuwanderung runterbringen, und das geht mit RASA nicht», sagte FDP-Präsident Philipp Müller der Nachrichtenagentur sda. Er hält die Initiative sogar für kontraproduktiv. Wenn diese hoch scheitert, sei das ein Risiko für die Bilateralen.

Auch der neu gewählte FDP-Ständerat Andrea Caroni (AR) hält es für falsch, die Abstimmung vom 9. Februar 2014 einfach rückgängig zu machen. Für ihn gibt es nur einen Weg, den Zuwanderungsartikel umzusetzen: Das Parlament müsse dem Volk ein strenges Umsetzungsgesetz und als Variante eine Relativierung des Verfassungsartikels vorlegen, sagte er.

Bei der CVP und bei der SP hält sich die Begeisterung für die RASA-Initiative ebenfalls in engen Grenzen. Gegen die Streichung des Verfassungsartikels gibt es Vorbehalte: Bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative müssten auch innenpolitische Probleme angegangen werden, beispielsweise

der Fachkräftemangel, heisst es auf Anfrage.

## Fehlender Rückhalt

Das stellt die Urheber der RASA-Initiative vor ein Problem: Dank einem Budget von 500 000 Franken, das unter anderem von Milliardär Hansjörg Wyss bereitgestellt wurde, haben sie zwar in kurzer Zeit die nötigen Unterschriften zusammengebracht. Eine Organisation mit 30 Angestellten konnte auf die Beine gestellt werden, die Unterschriftensammler erhielten 1.50 Franken pro Unterschrift. Doch den Abstimmungskampf können die RASA-Initianten nicht ohne Unterstützung der Parteien bestreiten. Anlässlich der Einreichung der Initiative richteten sie daher einen Appell an «alle Kräfte, die dem Verhältnis der Schweiz zur EU Sorge tragen wollen und die Einführung von Zuwanderungskontingenten als schädlich für die Schweiz erachten».

## Mehrheit für Bilaterale

Ihre Initiative sehen sie als «Plan B». Falls Bundesrat und Parlament innert nützlicher Frist eine Umsetzung präsentieren, die die bilateralen Verträge mit der EU nicht gefährdet, wollen sie die Initiative zurückziehen. Im «Ernstfall» solle die Bevölkerung aber zwischen einer wortgetreuen Umsetzung der SVP-Initiative und den bilateralen Verträgen wählen können, sagte Franziska Barmettler vom RASA-Vorstand vor den Medien in Bern. RASA sei der «Notausgang, falls die Quadratur des Kreises nicht gelingt».

Laut Barmettler war schon der Entscheid vom 9.



**Zuwanderung.** Aktivistinnen und Aktivisten deponieren im Namen des Komitees «Raus aus der Sackgasse» (RASA) 110 000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei. FOTO KEYSTONE

Februar 2014 kein Entscheid gegen die Bilateralen. Diesen Befund haben die Initianten mit einer aktuellen Umfrage bei 1000 Stimmberechtigten bestätigt: Vor die Wahl gestellt, möchte eine Mehrheit von 43,1 Prozent die bilateralen Verträge mit der EU erhalten, 39,7 Prozent wollen die SVP-Initiative umsetzen.

Die Details der Umfrage zeigen aber auch, dass die Mehrheitsverhältnisse auf dem Land umgekehrt sind. Auch in der Ostschweiz zieht eine Mehrheit die Masseneinwanderungsinitiative den Bilateralen vor. Nicht aber in der Innerschweiz: Dort sprach sich eine deutliche Mehrheit der Befragten für stabile Verhältnisse mit der EU aus. Dieses Ergebnis beflügelt die Hoffnungen der Initianten, für ihr Anliegen ein Stände-

mehr zu bekommen. Das Volksmehr für die SVP-Initiative war zwar äusserst knapp. Diese bekam aber eine klare Mehrheit von 14,5 Ständestimmen. Für das Ständemehr genügen 12 Stimmen. Mit Ausnahme von Zug sagten damals alle Zentralschweizer Kantone Ja. Als Tourismuskantone wären sie stark von einer Isolation der Schweiz betroffen, sagte Beat Ringger vom RASA-Vorstand. Daher geht er davon aus, dass ein Ständemehr für RASA möglich wäre. Und bei den eidgenössischen Wahlen hätten 70 Prozent jenen Parteien die Stimme gegeben, die die bilateralen Verträge weiterführen wollten, sagte er.

## Ehrgeiziger Zeitplan

Die Initianten haben einen ehrgeizigen Zeitplan. Sie wol-

len erreichen, dass die Abstimmung über ihre Initiative vor Ablauf der dreijährigen Umsetzungsfrist der Masseneinwanderungsinitiative im Februar 2017 stattfindet. Dass dies möglich ist, haben Bundesrat und Parlament ihrer Ansicht nach bei der Initiative Stopp-F/A-18 bewiesen, über die ein Jahr nach der Einreichung abgestimmt wurde.

Andrea Caroni hält das für unrealistisch. Grundsätzlich könnten Bundesrat und Parlament das Verfahren zwar beschleunigen, sagte er. Bei der RASA-Initiative sei das aber schwierig, weil der Bundesrat seine Botschaft zu dieser Initiative mit der laufenden Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative koordinieren müsse. | sda

## Bern/Cressier | Benzin- und Dieselpflichtlager werden angezapft

## Ein Engpass

**Um einen Benzin- und Dieselpflichtlager in der Schweiz zu verhindern, werden derzeit die Pflichtlager angezapft. Die temporäre Knappheit hat drei Gründe. Der Wichtigste: Die einzige Schweizer Raffinerie, jene im neuenburgischen Cressier, steht wegen einer technischen Panne still.**

Dazu kommt, dass der Rhein wenig Wasser führt. Die Schiffe können daher nicht voll beladen werden, weshalb auf diesem Weg nicht mehr Benzin oder Diesel importiert werden kann. Ausserdem ist die Deutsche Bahn stark ausgelastet und kann folglich auch nicht zusätzliche Treib- und Brennstoffe in die Schweiz bringen.

Daher wird derzeit auf die Pflichtlager zurückgegriffen, wie Lucio Gastaldi, Chef Sektion Pflichtlager beim Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL), der Nachrichtenagentur sda sagte. Zuvor hatten bereits die «Handelszeitung» und das Westschweizer Fernsehen RTS über den Fall berichtet.

## Grosse Vorräte

«Die Firmen können vorübergehend Pflichtlagerware bezie-

hen», sagte Gastaldi. Beim Diesel seien 50 Millionen Liter zur Verfügung gestellt worden, beim Benzin 40 Millionen Liter. Das sei absolut gesehen viel, mache aber nur 2,5 Prozent des gesamten Benzins in den Pflichtlagern und 4,5 Prozent des Diesels aus.

Wenn gar nichts mehr importiert werden könnte, würde die gesamte Pflichtlagermenge bei einem normalen Verbrauch für 4,5 Monate reichen. Im Moment ist der Import nur reduziert. Entsprechend länger reichen die Vorräte.

Der Bund rechnet damit, dass sich die Situation entschärft, sobald die Raffinerie Cressier wieder in Betrieb geht. Dies ist voraussichtlich Mitte nächster Woche der Fall. Die Raffinerie produziert einen Viertel der in der Schweiz verkauften Raffinerieprodukte.

## Leck an Wärmetauscher

Der Grund für den Stillstand in Cressier sei ein Leck an einem Wärmetauscher, sagte Florence Lebeau, Sprecherin von Varo Energy, der sda. Die Zuger Firma Varo Energy ist Besitzerin der Raffinerie. Die Reparaturen seien im Gange, dauerten aber noch gut eine Woche, sagte Lebeau.

Seit Tamoil den Betrieb in der Raffinerie Collombey im



**Vorgesorgt.** Der Bund will Benzin- und Dieselpflichtlager anzapfen. FOTO KEYSTONE

Wallis eingestellt hat, ist Cressier die einzige Schweizer Raffinerie. Varo Energy kaufte sie 2012 dem früheren Besitzer Petroplus ab. Die neue Eigentümerin hat in diesem Jahr bereits rund 50 Millionen investiert, um die Infrastruktur zu modernisieren. | sda

## Standesinitiative für mehr Grenzwächter

**BERN** | Mit einer Standesinitiative für mehr Grenzwächter rennt der Kanton Basel-Landschaft bei der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerats offene Türen ein. Diese lehnt die Initiative zwar ab, unterstützt das Anliegen aber uneingeschränkt. Gemäss einer Mitteilung der Parlamentsdienste vom Dienstag bekräftigte die Kommission, dass der Bestand des Grenzwachtkorps (GWK) erhöht werden muss. Mit einer Motion haben die Räte dem Bundesrat bereits den entsprechenden Auftrag erteilt. Dieser hat im Juni beschlossen, das GWK um 48 Stellen aufzustocken. Handlungsbedarf auf Gesetzesstufe gibt es nach Ansicht der Kommission daher nicht. Mit 6 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen beschloss sie, der Standesinitiative keine Folge zu geben. Der schnellste und effizienteste Weg, das GWK zu verstärken, liege darin, im Budget die nötigen Mittel zu bewilligen, heisst es in der Mitteilung. | sda

## Vorverkaufsrecht für Bauland

**LAUSANNE** | Der Waadtländer Grosse Rat hat am Dienstag gegen den Widerstand der Bürgerlichen ein Vorverkaufsrecht für Bauland angenommen. Damit will die Regierung gegen die Wohnungsnot ankämpfen. Zugleich gilt es als Gegenvorschlag für eine Volksinitiative des Mieterverbands. Die Volksinitiative des Mieterverbands Asloca verlangt gar das Recht von Enteignung des Bodens. Obwohl ein Vorverkaufsrecht für die öffentliche Hand ein weniger strenges Mittel ist, stellten sich die bürgerlichen Parteien im Grossen Rat vehement dagegen. In der Abstimmung über den entsprechenden Artikel unterlagen sie in erster Lesung jedoch mit 71 zu 56 Stimmen bei 6 Enthaltungen. Der Gegenvorschlag sieht vor, dass Verkäufer von Bauland zuerst zu Marktpreisen ein Angebot an die öffentliche Hand machen müssen. Erst wenn diese kein Interesse zeigt, können sie ein Angebot Käufer ihrer Wahl machen. | sda

## Gewässerschutz lockern

**BERN** | Die Umweltkommission des Ständerats (UREK) will die Regeln zum Gewässerschutz in einem Punkt lockern. Sie hat sich mit Stichentscheid des Präsidenten für eine Motion von Leo Müller (CVP/LU) ausgesprochen, die eine flexible Handhabung der minimalen Breiten des Gewässerraumes fordert. Weitere Vorstösse, die eine Lockerung des Gewässerschutzes verlangten, lehnte die Kommission hingegen ab. | sda